

25 Jahre nach Tschernobyl: Umweltbewusstsein und Umweltpolitik im heutigen Weißrussland



Die Reformpolitik des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow lenkte in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in der gesamten Sowjetunion erstmals die öffentliche Aufmerksamkeit auf die verheerenden ökologischen Missstände, die durch die zentralistische Planwirtschaft mit ihrer intensiven Ressourcenausbeutung entstanden waren. In fast allen Unionsrepubliken bildeten sich Umweltbewegungen, die schwere Vorwürfe gegen die Moskauer Zentralregierung erhoben. Die Loslösung von Moskau erschien dementsprechend als der geeignete Ausweg, um eine adäquate Umweltpolitik einzuleiten und weitere schwerwiegende Gesundheitsschäden zu verhindern. Aus diesem Grunde verbanden sich Umweltfragen eng mit nationalen Forderungen und spielten eine wichtige Katalysatorenrolle bei der Auflösung der Sowjetunion.

Weißrussland bildete in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Umfassende Meliorationsmaßnahmen in der Landwirtschaft sowie ein intensiver Torfabbau bedrohten die Existenz der einzigartigen Sumpflandschaften. Große, vor allem petrochemische Betriebe belasteten Luft und Wasser. All diese Probleme wurden jedoch durch die Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe in den Schatten gestellt. Denn 70 Prozent des Fallouts, der durch die Reaktorexlosion im Atomkraftwerk (AKW) Tschernobyl am 26. April 1986 freigesetzt wurde, gingen auf Weißrussland nieder. Infolgedessen wurden 23 Prozent des weißrussischen Territoriums, auf dem 2,2 Millionen Menschen lebten, langfristig radioaktiv kontaminiert.¹ Der für 1986-2015 entstandene volkswirtschaft-

¹ Die Skizze zu Beginn des Beitrags verweist auf das betroffene Gebiet.

Dr. Astrid Sahn ist die Leiterin der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte (IBB) „Johannes Rau“ in Minsk.

liche Gesamtschaden wird auf 235 Milliarden Dollar geschätzt. Diese Wahrheit erfuhren die Weißrussen jedoch erst drei Jahre nach der Reaktorkatastrophe, da die Behörden die realen Katastrophenausmaße zunächst verschleierten. Es war vor allem diese Schweigepolitik, die das Vertrauen der meisten Weißrussen in das sowjetische System erschütterte. Ein Viertel der im März 1990 bei den ersten freien Wahlen in den Obersten Sowjet gewählten Abgeordneten gehörte nicht der Kommunistischen Partei an. Auf ihre Initiative erklärte das Parlament im

Weißrussland ist trotz aller Anstrengungen nicht in der Lage, die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe alleine zu bewältigen.

Sommer 1990 das Territorium ihrer Republik zum ökologischen Notstandsgebiet. In der wenig später verabschiedeten Souveränitätserklärung heißt es u. a: „Ihre Freiheit und Souveränität verwendet die Weißrussische SSR vorrangig zur

Rettung des Volkes der Weißrussischen SSR vor den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.“

Die mit der Ende 1991 erfolgten Auflösung der Sowjetunion einhergehende dramatische Wirtschaftskrise stellte jedoch einen schweren Dämpfer für das neu entstandene Umweltbewusstsein dar. Das unabhängige Weißrussland war nicht in der Lage, die 1990-1991 verabschiedeten Tschernobyl-Programme mit ihren umfassenden Umsiedlungs- und Sozialmaßnahmen vollständig zu finanzieren. Viele Menschen verzichteten auf die angebotenen Umsiedlungsmaßnahmen, da die Perspektiven auf einen Arbeitsplatz am neuen Wohnort unsicher waren und es in vielen Fällen an einer angemessenen sozialen Infrastruktur fehlte. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde daher die staatlich vorgeschriebene Umsiedlungspflicht für viele verstrahlte Orte aufgehoben. Hauptziel der staatlichen Tschernobyl-Politik wurde nun die „Wiedergeburt der kontaminierten Regionen“. Mit anderen Worten: Durch gezielte Investitionen sollen normale Lebensbedingungen in den Tschernobyl-Regionen geschaffen werden. Hierfür wurden in den letzten Jahren zwischen 1,5 und 5 Prozent des Staatshaushalts vorgesehen.

Einmalige Solidaritätsbewegung

Die Wende in der offiziellen weißrussischen Tschernobyl-Politik wurde auch dadurch befördert, dass die Hoffnung der weißrussischen Regierung auf eine umfassende finanzielle Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft in Gestalt der UNO sich nicht erfüllte.

Stattdessen erfuhr Weißrussland eine bisher unbekannte Hilfe von privaten Initiativen aus zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern. So gab die weißrussische Regierung 1993 an, bisher 82 Prozent der gesamten internationalen Hilfeleistungen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) erhalten zu haben. 40 bis 50 Prozent dieser Hilfe wurde dabei von deutschen Initiativen geleistet. Mitte der 1990er Jahre gab es in Deutschland etwa 1.000 private Initiativen, die überwiegend aus der Anti-AKW-Bewegung oder aus der kirchlichen Versöhnungsarbeit angesichts der während der nationalsozialistischen Besatzung von Weißrussland im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen entstanden waren. Zentraler Schwerpunkt der Arbeit dieser Initiativen in Deutschland und in anderen Ländern stellte die Einladung von Kindern aus den Tschernobyl-Regionen zu Erholungsaufenthalten dar. Weitere wichtige Formen waren Hilfstransporte mit Kleidern, Lebensmitteln usw. sowie medizinische Hilfe mit medizinischem Gerät, Medikamenten und die Fortbildung von Ärzten.

Obwohl diese Hilfe insbesondere angesichts der umfassenden Wirtschaftskrise für die Betroffenen zum Teil überlebenswichtig war, hatte sie auch ihre Kehrseiten. So trägt humanitäre Hilfe soziologischen Untersuchungen zufolge, wenn sie den Empfänger in Passivität belässt und eine Konsumentenhaltung bei ihm befördert, zur Entstehung eines Opferkomplexes bei. Allerdings gab es von Anfang an zahlreiche Tschernobyl-Projekte, die bewusst den Ansatz einer strukturellen partnerschaftlichen Hilfe wählten. Hierzu gehört beispielsweise das 1994 eröffnete Kinderzentrum NADESHDA (deutsch: Hoffnung), an dessen Aufbau sich die Partnervereine „Leben nach Tschernobyl“ in Frankfurt (Main) und Minsk gemeinsam mit der Männerarbeit der EKD und dem weißrussischen „Staatskomitee für die Bewältigung der Katastrophenfolgen von Tschernobyl“ beteiligt haben. In diesem in einem unbelasteten Naturschutzgebiet in Weißrussland gelegenen Rehabilitations- und Erholungszentrum können sich jährlich knapp 5.000 Kinder und Jugendliche aus den Tschernobyl-Regionen gemeinsam mit ihren Lehrkräften erholen. Sie erfahren dadurch nicht nur eine Stärkung ihrer Gesundheit, sondern werden auch zu aktivem gesellschaftlichen Handeln im Sinne von Nachhaltigkeitsprinzipien motiviert.

Zahlreiche Projekte zielen darauf, den Menschen eine lebenswerte Umwelt in Weißrussland zu schaffen und sie dadurch im Lande zu halten.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die deutsche Initiative „Heim-statt-

Tschernobyl“, die gemeinsam mit ihrem weißrussischen Partner „Ökodom“ in zwei Regionen Lehmhäuser für Umsiedler aus den Tschernobyl-Regionen aufgebaut hat. Die Häuser werden dabei in internationalen Arbeitseinsätzen mit zahlreichen Freiwilligen unter Beteiligung der Umsiedlerfamilien errichtet. Zur Arbeitsbeschaffung unterstützt „Heim-statt-Tschernobyl“ außerdem die Entwicklung nachhaltiger regionaler Wirtschaftsstrukturen. So wurden in der Narotsch-Region mit privaten Spenden die ersten beiden Windkrafträder überhaupt in Weißrussland errichtet. Ein Gemeinschaftshaus und eine Ärztestation, die als Niedrigenergiehäuser konzipiert und mit Solaranlagen ausgestattet sind, ergänzen dieses einzigartige Projekt. Wie in NADESHDA erfahren hier die durch Tschernobyl betroffenen Menschen, dass sie eine Zukunft in ihrem eigenen Land als einem Teil Europas haben, indem sie neue Qualifikationen erwerben und sich durch internationalen Austausch weiterentwickeln.

Erinnern gegen Vergessen

Die in Reaktion auf die Tschernobyl-Katastrophe entstandene europäische Solidaritätsbewegung ist außergewöhnlich, da sich unzählige Menschen über einen erstaunlich langen Zeitraum ehrenamtlich engagierten. Obwohl heute immer noch mehrere hundert Initiativen aktiv sind, ist 25 Jahre nach Tschernobyl jedoch ein deutlicher Rückgang des Engagements zu verspüren. Dies erklärt sich zum einen durch den hohen bürokratischen Aufwand, den die weißrussischen Behörden von den Tschernobyl-Initiativen verlangen, um Missbrauch und die Lieferung von minderwertigen Hilfsgütern auszuschließen. Infolgedessen haben die meisten Initiativen beispielsweise die Hilfe mit Medikamenten vollständig eingestellt. Zum anderen erhalten die Initiativen jedoch auch weniger Spenden in ihren eigenen Ländern, da Tschernobyl zunehmend durch andere Katastrophen in den Medien verdrängt wurde. Die Mitglieder vieler Initiativen, die sich Anfang der 1990er Jahre gebildet haben, kommen zudem inzwischen in das Rentenalter, ohne dass sich jüngere Menschen in größerem Maße dieser Form der Hilfe anschließen würden. Parallel hierzu hat sich auch in Weißrussland der Anteil der NGOs, die sich mit der klassischen Tschernobyl-Hilfe beschäftigen, in den letzten 10 Jahren von 21 Prozent auf 4 Prozent verringert.

Diesen Tendenzen versucht im Vorfeld des 25. Jahrestages von Tschernobyl ein Projekt entgegenzuwirken, das derzeit vom Internatio-

nalen Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund gemeinsam mit der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ in Minsk (IBB) und „EUStory“, einem europäischen Netzwerk von landesweiten Schülerwettbewerben, mit finanzieller Unterstützung der Mercator-Stiftung durchgeführt wird. Im Rahmen dieses Projektes sollen die in Reaktion auf Tschernobyl entstandene europäische Solidaritätsbewegung sowie das Schicksal der Umsiedler und „Liquidatoren“ dokumentiert werden. Als „Liquidatoren“ werden die über 600.000 Menschen bezeichnet, die zur Bekämpfung des Reaktorbrands, zur Errichtung der Schutzhülle um den zerstörten Reaktor sowie zur Durchführung der Umsiedlungsmaßnahmen und anderer Schutzmaßnahmen in den verstrahlten Gebieten eingesetzt wurden.² Sie werden daher zu Recht als die „Retter Europas“ bezeichnet, da sie eine größere radioaktive Belastung europaweit verhindert haben. Diese Menschen sollen im nächsten Jahr mit Hilfe von Zeitzeugenreisen, Wanderausstellungen und Publikationen wieder ins öffentliche Bewusstsein gerückt und letztlich zum festen Bestandteil der im Entstehen begriffenen europäischen Erinnerungskultur gemacht werden.

In Weißrussland selbst gibt es bisher nur wenige Erinnerungsorte, an denen der Tschernobyl-Katastrophe gedacht wird – im Unterschied zur Ukraine, die mit dem inzwischen stillgelegten Atomkraftwerk und der verlassenen Geisterstadt Pripjat sowie einem eindrucksvollen Museum in Kiew über zentrale Gedenkort verfügt. In der weißrussischen Hauptstadt Minsk gibt es hingegen lediglich eine kleine orthodoxe Gedenkkirche sowie Denkmäler in einzelnen kontaminierten Orten, die sich formal kaum von den Denkmälern für die im Zweiten Weltkrieg Gefallenen unterscheiden. Insgesamt nimmt die Erinnerung an Tschernobyl zwar einen festen Platz in der vielfältigen nationalen Leidensgeschichte von Weißrussland ein, doch dominiert in der offiziellen Erinnerungskultur eindeutig die Heroisierung des Sieges im Zweiten Weltkrieg. Dabei ist der Wunsch der Menschen, die unsichtbare, doch allgegenwärtige Gefahr zu verdrängen und nicht ständig in einer „Welt der Verbote“ leben zu wollen, ein wichtiger Grund für das allmähliche Vergessen der Katastrophenfolgen.

² Vgl. dazu die Porträts in diesem Heft unten S. 232-236.

Umstrittene AKW-Pläne

Ein weiterer Grund für die nachlassende Thematisierung von Tschernobyl dürften die AKW-Pläne der weißrussischen Regierung sein. Der Bau eines Atomkraftwerks soll aus ihrer Sicht helfen, die hohe Abhängigkeit des Landes von Energieimporten aus Russland zu verringern. Bereits zum Zeitpunkt der Reaktorexpllosion im AKW Tschernobyl befand sich ein Atomkraftwerk in der Nähe der Hauptstadt Minsk in Bau. Diese Pläne wurden jedoch unter dem Eindruck der wachsenden Umweltproteste 1988 geändert, und an der Stelle des AKW wurde ein traditionelles Wärmekraftwerk errichtet. In den ersten Jahren nach Erwerb der nationalen Eigenstaatlichkeit, als die Energiepreise drastisch stiegen und Weißrussland in eine Schuldenspirale gegenüber Russland zu geraten drohte, wurde die AKW-Option erstmals wieder von führenden Politikern ins Spiel gebracht. Nach eingehenden öffentlichen Debatten beschloss das weißrussische Parlament jedoch 1999 ein zehnjähriges Moratorium für den Bau eines Atomkraftwerks. Da Weißrussland dank der Verträge mit Russland über die Bildung eines Unionsstaats Gas und Öl zu äußerst günstigen Konditionen beziehen konnte, entschärfte sich die Energiefrage zwischenzeitlich.

Seit 2006 haben sich infolge der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und Weißrussland die Energieimporte deutlich verteuert. So zahlt Weißrussland inzwischen über 150 US-Dollar pro 1.000 m³ Gas, während der Preis vor einigen Jahren noch unter 50 US-Dollar lag. Durch den Bau des Atomkraftwerks will die weißrussische Führung insbesondere ihre politische Erpressbarkeit reduzieren, da Russland bereits mehrmals kurzfristig seine Energielieferungen gedrosselt oder eingestellt hat. Da jedoch auch das neue Atomkraftwerk vor-

raussichtlich russischer Herstellung sein wird und mit russischen Krediten finanziert werden soll, wird es nicht wirklich zur Reduzierung der Energieabhängigkeit von Russland beitragen.

Neben dem AKW-Bau setzt die weißrussische Regierung aber auch auf Energieeinsparung und erneuer-



Einweihung einer Solaranlage auf dem IBB-Gelände in Minsk 2006 (Foto: E. Pomytkin)

bare Energien – und liegt damit ganz im Trend der Energiepolitik, die in vielen westlichen Staaten angesichts des Klimawandels propagiert wird. Wurden 2002 lediglich 91,3 Millionen US-Dollar für die Verbesserung der Energiebilanz ausgegeben, vervierfachte sich dieser Betrag bis 2005 auf 438,9 Millionen US-Dollar. Bis 2008 erfolgte eine weitere Steigerung auf 1,2 Milliarden US-Dollar. Infolgedessen hat sich die Energieintensität des Bruttoinlandsprodukts deutlich reduziert und der Anteil einheimischer Energiequellen, der 1992 noch bei 13 Prozent lag, wurde auf über 20 Prozent angehoben. Offiziellen Angaben zufolge lag der Anteil erneuerbarer Energien an der Primärenergiebilanz 2008 bei 7,3 Prozent. Dabei kamen vor allem Brennholz, Holzabfälle und sekundäre Wärmeenergieressourcen zum Einsatz (insgesamt 96,5 Prozent aller erneuerbaren Energieträger). Alle anderen erneuerbaren Energiearten spielen bisher eine geringfügige Rolle. So liegt beispielsweise der Anteil von Windkraft bei 0,01 Prozent und der von Wasserkraft bei 0,24 Prozent. Besonders problematisch ist, dass zur Steigerung des Anteils einheimischer Energieressourcen in den letzten Jahren auch der Torfabbau wieder intensiviert wird. Dies führt zu einer Erhöhung des CO₂-Ausstoßes, sodass Weißrussland seine im Rahmen des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz von 1997 eingegangenen Verpflichtungen verletzen könnte. Auch die Zahl der Autos hat in den letzten Jahren rasant zugenommen. Inzwischen besitzt fast jeder zweite Minsker Einwohner einen privaten PKW.

Neben Plänen für ein neues Atomkraftwerk setzt die weißrussische Regierung auch auf Energieeinsparung und erneuerbare Energien.

Wachsende Umweltsensibilität

Es gibt allerdings auch zahlreiche Anzeichen im Alltag für ein wachsendes Umwelt- und Gesundheitsbewusstsein der weißrussischen Bevölkerung. So werden Fahrradfahrer allmählich zu einem festen Bestandteil des Minsker Stadtbildes, und die Behörden legen erste Fahrradwege an. Außerdem sind konservierungsmittelfreie und nicht-genmodifizierte Lebensmittel seit einiger Zeit gekennzeichnet. Hingegen gibt es bisher keine Zertifizierung von ökologischen Landbauprodukten, obwohl es hierfür eine deutliche Nachfrage gibt und beispielsweise private Landurlaubanbieter mit „ökologischen Lebensmitteln“ aus eigenem Anbau werben. In zahlreichen Privatwohnungen sind zudem Energiesparlampen zu finden. Eine getrennte Müllsammlung findet jedoch erst in Ansät-

zen statt und beschränkt sich auf Papier, Glas und Plastikflaschen. Zahlreiche gefährliche Abfälle, wie beispielsweise Batterien, landen daher im normalen Müll.

Ein weiteres wichtiges Beispiel für das gestiegene Umweltbewusstsein ist der Aufbau von Umweltmanagementsystemen in nichtkommerziellen Einrichtungen. Von staatlicher Seite wird bereits seit einigen Jahren die Einführung von international anerkannten Umweltmanagementsystemen (ISO 14000) in Industriebetrieben gefördert, da dies für die internationale Wettbewerbsfähigkeit relevant ist. Entsprechende Angebote für nichtkommerzielle Organisationen gibt es jedoch nicht. Angeregt durch die Aktion „Grüner Hahn“ in Deutschland, in deren Rahmen bereits zahlreiche evangelische, aber auch katholische Kirchen sich am Aufbau von Umweltmanagementsystemen beteiligen, haben die IBB Minsk und das Kinderzentrum NADESHDA in 2008 als erste soziale und Bildungseinrichtungen ein Umweltmanagement eingeführt und entsprechend ISO 14000 zertifiziert. Beide Einrichtungen versuchen seitdem den Aufbau von Umweltmanagementsystemen in nichtkommerziellen Einrichtungen unter dem Zeichen „Weißer Storch“ zu unterstützen. Neben mehreren Rehabilitationszentren und Schulen haben sich bereits auch einzelne orthodoxe und katholische Gemeinden für diese Aktion interessiert.

Insgesamt kommt dem *Bildungswesen* eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des Umweltbewusstseins zu. Weißrussland hat sich der UN-Dekade für Bildung im Interesse nachhaltiger Entwicklung angeschlossen. Derzeit gibt es über 50 lokale Agenda-Schulen in Weißrussland, die vielfältige Projekte durchführen. Hierzu gehören beispielsweise das Nähen von Stofftaschen, um den Verzicht auf Plastiktüten zu ermöglichen, Naturschutzaktionen usw. Auch auf kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Lokale-Agenda-Initiativen, an denen sich auch orthodoxe, katholische oder protestantische Geistliche beteiligen. Diese vor allem im ländlichen Raum verbreiteten Initiativen versuchen, durch verstärkte Eigeninitiative neue Zukunftsperspektiven für ihre Regionen zu entwickeln. Denn auf dem Land gibt es bisher kaum Einkommensmöglichkeiten außerhalb der – schlecht bezahlten – Landwirtschaft. Um die Landflucht zu stoppen und den ländlichen Raum für junge Menschen attraktiv zu machen, unterstützt der weißrussische Staat beispielsweise die Entwicklung eines ländlichen ökologischen Tourismus. Um Touristen anzuziehen, beginnen die Menschen, ihre lokale Geschichte zu erforschen, alte Handwerkskünste wieder zu beleben, die heimische Fauna

und Flora zu erforschen sowie Wanderwege und Fahrradrouten anzulegen und vieles mehr.

Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, als die weißrussische Regierung zivilgesellschaftliche Aktivitäten in hohem Maße reguliert und die Bildung von Vereinen erschwert. So dürfen Vereine beispielsweise nicht in Privatwohnungen registriert werden und Aktivitäten von nicht registrierten Organisationen können strafrechtlich geahndet werden. Infolgedessen stagniert die Zahl der registrierten Vereine seit Jahren bei etwa 2.200 – dies entspricht 0,2 Vereinen pro 1.000 Ein-

An Initiativen auf lokaler Ebene beteiligen sich auch orthodoxe, katholische oder protestantische Geistliche.

wohner und liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt von 4. Dabei beschäftigen sich lediglich 3-4 Prozent der registrierten NGOs mit ökologischen Themen. Zu den wichtigsten Umwelt-NGOs gehören beispielsweise der Vogelschutzverband, der sich u. a. für den Erhalt und die Rekultivierung der Moorlandschaften einsetzt, oder der Verein „Eko-projekt-partnerstwo“, der Kommunen bei dem Aufbau eines Systems der getrennten Müllsammlung und -weiterverarbeitung oder – im ländlichen Raum, wo es noch zahlreiche Brunnen gibt – bei der Sicherung der Trinkwasserqualität berät und unterstützt. Im Rahmen des „Grünen Netzes“, einer Vereinigung von mehreren Umwelt-NGOs, gibt es zudem Arbeitsgruppen zum Klimawandel, zum ökologischen Landbau, zum umweltbewussten Konsum usw. Im Sommer 2009 führten diese Umwelt-NGOs erstmals gemeinsam ein öffentliches Umweltforum durch.

Insgesamt gibt es somit in Weißrussland trotz der beschränkten Entfaltungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure zahlreiche Umweltaktivitäten, wie sie auch in westeuropäischen Ländern zu finden sind. Auch wenn die mit Tschernobyl verbundenen Probleme heute vielfach verdrängt sind, haben doch die durch die humanitäre Hilfe entstandenen Kontakte viel zur Entstehung dieser neuen Aktivitäten, in denen auch zahlreiche junge Menschen aktiv sind, beigetragen. Eine größere Breitenwirkung können diese Initiativen allerdings erst dann entfalten, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement verbessern und beispielsweise ein Gemeinnützigkeitsrecht eingeführt wird. Bisher fehlt es u. a. noch an für alle Bürger zugänglichen Weiterbildungs- und Beratungsstellen, wie sie beispielsweise die Energieagenturen in Deutschland darstellen, sowie an der ausreichenden Verfügbarkeit von ökologischen Technologien.